

## **Around Europe - Deutsche Ausgabe Nr 286 Oktober 2006**

### **Hans Blix' Äußerungen zum Iran, zu Nordkorea und über ein neues nukleares Wettrüsten**

Am 14. September 2006 erstellte das Europäische Zentrum für Politik eine Strategie, kurz benannt „Iran, Nordkorea und WMD: Können wir die Welt sicherer machen?“ Der Sprecher war Hans Blix. Around Europe-Leser wissen, dass Dr. Blix die UNO-Spezialkommission zu Massenvernichtungswaffen leitete. Vor dem Ausbruch des Krieges 2003 war er der Chefwaffeninspektor im Irak. Dr. Blix war ein ausgesprochener Kritiker der Politik und Praxis der USA und des Vereinigten Königreichs im Vorfeld, während und nach der Invasion.

Das QCEA und Freunde weltweit hatten sehr lange ein Interesse an der nuklearen Entwaffnung, und regelmäßige Around -Europe- Leser werden eine Anzahl wichtiger Aktualisierungen hinsichtlich der Eskalation der Situation im Iran bemerkt haben, welche sich unaufhörlich verschärft.

Dr. Blix hob eine Anzahl von Problemen der gegenwärtigen westlichen Strategie im Hinblick auf das Engagement im Iran und Nordkorea hervor. Der Nachdruck und die Rhetorik des Westens, die sich hauptsächlich gegen Iran und kaum gegen das sich selbst zur Nuklearmacht ernennende Korea mit einem expandierenden Raketenprogramm richtet, stellt aus Blix' Sicht eine weit größere Bedrohung dar. Tatsächlich scheint das stalinistische Regime am 9. Oktober einen erfolgreichen unterirdischen Atomtest durchgeführt zu haben.

Iran beharrt auf seinem Zugang zur Nukleartechnologie als einem nur an der zivilen Nutzung ausgerichteten Projekt, was Nordkorea nicht tut. Niemand wünscht einen mit nuklearer Technologie ausgerüsteten Iran, jedoch der regionale Domino-Effekt des nordkoreanischen Atomtestprogramms könnte wohl weit stärker destabilisierend wirken als des iranischen. Es könnte Japan folgen und dabei seine Spannungen mit China vergrößern. Die USA und Japan werden weiter vorstoßen mit Raketenabwehrprogrammen und einen technologischen Rüstungswettkampf größeren Ausmaßes als im kalten Krieg in Gang setzen. Ein potentieller regionaler Krisenherd existiert schon in der Straße von Taiwan.

Die EU hat bisher erfolglos mit dem Iran hinsichtlich des Stops der potentiellen Ausweitung seines Programms verhandelt. Jedoch aus der Sicht von Dr. Blix hintertreiben die USA die europäischen Bemühungen schon seit langem. Sowohl die USA als auch die EU haben konsistent festgestellt, dass der Iran seine Aktivitäten der Urananreicherung einstellen müsse, bevor Gespräche beginnen können. Gemäß Blix wäre das so, als ob ein Spieler in einem Spiel schon vor dessen Beginn seine Trumpfkarten aus der Hand gäbe, was vollkommen unvernünftig wäre. Die Europäer haben versucht, in Richtung eines „Vertrauensvorschlusses jenseits der Konstruktion eines iranischen Atomwaffenarsenals,“ zu verhandeln. Das ist sinnvoller, als mit etwas nicht Handhabbarem fortzufahren, wobei anders als mit Nordkorea keinerlei Sicherheitsgarantien für den Iran berücksichtigt sind.

Der Iran ist buchstäblich von US- militärischen Positionen im Irak, in Afghanistan und in den Golfstaaten eingekreist. Die amerikanische 5.Flotte fährt mit ihrer südlichen und westlichen Flanke Patrouillen durch den Persischen Golf und die Arabische See. Allein die USA könnten verständliche iranische Sicherheitsinteressen ansprechen. Es ist zumindest klar, dass ein gegenseitiges befriedigendes Abkommen, falls erreichbar, auch amerikanische Sicherheitsgarantien beinhalten müsste...

Die Absichten des Irak bleiben unklar. Wie Dr. Blix aufzeigte, war es von Seiten der USA und Großbritanniens deutlich unklug, sich allein auf die nationalen Geheimdienste zu beziehen. Nach Blix könnte jede Art von Dialog mit dem Iran weiterhelfen, seine Absichten besser einzuschätzen. Es ist wahr, dass der Iran sein Nuklearprogramm in der Vergangenheit vor der UN verborgen gehalten hat, aber das könnte erklärbar sein durch die Furcht vor einem Militärschlag von Seiten Israels oder der USA, so wie es mit dem Irakischen Osirak-Reaktor 1981 geschehen war.

Zahlreiche Kommentatoren haben versucht, den Stopp oder zumindest die Verzögerung des iranischen Strebens hin zur Atommacht als dringliche Aufgabe anzusehen. Jedoch nach Blix haben wir noch Jahre Zeit, genug Zeit zum Gespräch. Jedwedes unumkehrbare Abgleiten in eine anglo -amerikanisch geführte begrenzte Kriegsführung gegen den Iran ist strategisch unmöglich, diplomatisch nicht stichhaltig und moralisch verwerflich.

Im Hinblick auf den nordkoreanischen Atomtest möchte QCEA betonen, dass Strafmaßnahmen einschließlich Blockaden gefährlich sind. Nordkorea ist sehr verarmt und das Einfrieren humanitärer Hilfe könnte zum Hungertod vieler Menschen und zu einem Effekt der noch stärkeren Solidarisierung mit dem Regime beitragen. Ein Verstärken des Drucks könnte auch zu einer noch größeren Beschleunigung des nordkoreanischen Raketenprogramms führen. Militärische Optionen sind nicht durchführbar. Es geht um das Wiederherstellen einer Balance. Kanäle für einen Dialog müssen offen bleiben, und es müssen gegenseitige Sicherheitsgarantien auf den Verhandlungstisch gebracht werden.

Blix unterstrich, dass es einen besorgniserregenden Widerspruch in unserer jetzigen Welt gibt. In der Sprache der Großmächte scheinen wir uns in einer Periode der Entspannung nach dem Kalten Krieg zu befinden. Jedoch zeigten sich während des Kalten Krieges weit mehr Fortschritte in der Abrüstung als jetzt. Die USA gehen voran mit einem nationalen Raketenverteidigungsprojekt. In weniger als einer Dekade wurden drei weitere Staaten zu Atommächten. Die USA arbeiten auch an weltraumgestützten Waffen. Auf der zurückliegenden Abrüstungskonferenz in Genf machten sowohl die USA als auch Großbritannien einen multinationalen Vorschlag , die Aufrüstung des Weltraums in die Diskussionsagenda einzubeziehen.

Im letzten Bericht der Kommission zur Vernichtung der Massenvernichtungswaffen .wurde festgestellt, dass wir alle die Verantwortung übernehmen und dafür arbeiten müssen, dass die Welt nicht in ein neues Wettrüsten mit Massenvernichtungswaffen gerät.

Weitere Informationen zu dem Bericht dieser Kommission (WMD ) unter:  
<http://www.wmdcommission.org/>

*Matthew Taylor*  
*Übersetzung: Jutta Fauer*

## **Sagt nein zu neuen Atomwaffen – und veranlasst eure Europa-Abgeordneten, dasselbe zu tun!**

Am 1. Oktober begann eine kühne Bürgerwiderstands-Initiative kritisch öffentlichen Druck für die Abrüstung von Großbritanniens Kernwaffen auszuüben. Deren Bedeutung ist den Behörden nicht entgangen. Während der ersten Tage dieser Kampagne wurde eine Protestierende, eine 73jährige Großmutter, festgenommen und unter Bedingungen in Haft gehalten, die es ihr unmöglich machten zu schlafen. Die Behörden schlugen zu Beginn der Kampagne sehr hart zu, um diese frühzeitig kaputt zu machen.

Worum geht es hier eigentlich? Die Faslane-365- Kampagne zielt darauf, die atomare Trident-Basis in Faslane (Schottland) jeden Tag zu blockieren, vom 1. Oktober 2006 an 365 Tage lang. Das ist ein großes Vorhaben. Aber warum?

Die britische Regierung überlegt ernsthaft, Trident durch ein neues Kernwaffensystem zu ersetzen, das etwa 40 Billionen Britische Pfund (oder 60 Billionen €) kosten könnte und eine nukleare Präsenz in Schottland bis 2055 festschreiben würde. Zu einer Zeit, da Themen von Menschenrechten bis zu Klimaveränderungen die politische Agenda beherrschen und bei den Ausgaben Priorität haben sollten; mehr als sechzig Jahre, nachdem die Bomben auf Hiroshima und Nagasaki ein für allemal deutlich machten, dass Kernwaffen von keiner Regierung eingesetzt werden könnten, die für sich irgend welche moralischen Ansprüche erhebt, da schlägt ein Mitgliedsstaat der EU vor, das Atomwaffenwettüsten fortzusetzen.

Warum sollte das alle Europäer interessieren? Weil Atomwaffen alle Menschen überall bedrohen und Schottland der Hinterhof jedes Europäers ist. Damit ergibt sich eine weitere Gelegenheit, mit eurem Europa-Abgeordneten über etwas wirklich Wichtiges zu sprechen. Und das betrifft nicht nur die britischen MEPs. Alle europäischen Parlamentarier werden ermutigt, sich zu beteiligen. Warum wurde am 1. Oktober 2006 begonnen? Weil dies der Jahrestag der Urteilsverkündung des Nürnberger Prozesses ist. Dieses Datum wurde gewählt, um auch etwas über die persönliche Verantwortung auszusagen.

Mit der Blockade dieser Basis ist beabsichtigt, Zeugnis abzulegen für den Wunsch des Volkes, dass seine Regierung sich nicht an einer so gefährlichen Politik beteiligen und so viel Geld verschwenden sollte, Geld, das dringend anderswo ausgegeben werden müsste. Geplant ist, dass Organisationen oder Gruppen von Menschen die Aufgabe übernehmen, die Blockade für eine Zeitspanne von 48 Stunden aufrechtzuerhalten. Jede teilnehmende Gruppe wird vor Ort eine beträchtliche Zahl von Unterstützern haben müssen.

Am 8. Januar 2007 werden sich Europa-Parlamentarier dieser Herausforderung stellen. (Diesen Tag haben britische Abgeordnete für eine Blockade-Gruppe von Parlamentariern geplant. Anmerkung der Übersetzerin) Es gibt bereits eine Anzahl von Europa-Abgeordneten, die sich beteiligen werden, aber um deren Anzahl zu erhöhen, nehmt Kontakt auf mit eurem MEP, erklärt, worum es in der Kampagne geht und erklärt, warum ihr meint, dass ihre Teilnahme wichtig ist und bittet um ihre Unterstützung.

Um mehr über diese Kampagne zu erfahren, die Unterstützererklärung zu lesen, sie – wenn möglich – zu unterschreiben und um Antworten zu bekommen auf vielfache Fragen, wie und warum dies vor sich gehen wird, gehe zu:

<http://www.faslane365.org/>.

*Martina Weitsch*

*Übersetzung: Christel Wieding*

## **Bericht über eine Anhörung zur Europäischen Sicherheit**

Die Anhörung fand am 12. September im Europäischen Parlament statt. Sie wurde von den Friedensinitiativen gemeinsam ausgerichtet.

### **Worum ging es?**

Ben Hayes von „Statewatch“ und Herbert von Bose, Abteilungsleiter der Preparatory Action for Security Research (Vorbereitende Aktion für Sicherheitsforschung) besprachen Fragen, die sich daraus ergeben, dass das Framework Programme 7 (FP7) (Rahmenprogramm 7), das kürzlich gebilligt wurde, auch Forschung im Bereich Zivile Sicherheit finanziert. Die Rahmenprogramme sind die Hauptinstrumente der EU zur Finanzierung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. Es sieht so aus, dass die Trennungslinie zwischen der Forschung im Bereich Zivile Sicherheit und der militärischen Forschung immer feiner wird, und manche Beobachter haben den Eindruck, dass sich die EU jetzt möglicherweise auf der falschen Seite dieser Trennungslinie befindet.

### **Weshalb ist das für Quäker von Interesse?**

Das FP7 schlägt bestimmte Forschungsprogramme vor, die mit Ziviler Sicherheit zu tun haben, aber es besteht der Verdacht, dass einige dieser Forschungsgebiete eher einen militärischen als einen zivilen Anstrich haben. In einem neuen Bericht von „Statewatch“ mit dem Titel „Waffen für den Großen Bruder“ sind mehrere diesbezügliche Beispiele aufgezählt: Biometrische Pässe, das Galileoprojekt zur Überwachung der Bewegungen von Menschen vom Weltraum aus, sowie ein Projekt mit dem Namen Proband, das Menschen in Gebäuden aufspüren kann. Kommissionsmitglied Herbert von Bose legte Wert auf die Feststellung, dass die EU keinen Militärhaushalt hat, dass sie keinen haben kann, dass Verteidigungs- und Sicherheitsangelegenheiten immer noch Sache der einzelnen Regierungen sind. Die Anhörung sollte darüber diskutieren, ob der Haushalt des FP7 militärische Bestandteile hat, selbst wenn es nicht so genannt wird.

### **Was waren die wichtigsten Einwände?**

Ben Hayes war beunruhigt darüber, dass nach seinem Eindruck nicht alle Forschungsvorhaben, die das FP7 vorschlägt, echte Produktforschung darstellen, sondern eher Produktentwicklung. Er stellte die Frage, warum Privatfirmen, die offen im militärischen Sektor arbeiten, dafür bezahlt werden, dass sie Verteidigungstechnologien entwickeln gegen ihre eigenen Waffen, und drückte seine Beunruhigung aus über den möglichen Einfluss dieser Firmen auf einen sogenannten „zivilen“ Sicherheitsplan. Weiterhin wies er darauf hin, dass fünf der angegebenen „zivilen“ Forschungsprojekte Überwachungsprojekte darstellten. Er vertrat die

Meinung, dass diese Projekte weniger mit Forschung über zivile Anwendungen zu tun haben als vielmehr mit der Ausarbeitung der zukünftigen EU-Politik.

Ben Hayes sorgte sich auch um den offensichtlichen Mangel an Konsultationen über FP7. Was die Zivilgesellschaft angeht, seien die Fragen im Eurobarometer, mit denen die öffentliche Meinung gemessen werden soll, viel zu allgemein formuliert, um die Unterstützung für diese besonderen Aspekte der Sicherheitsforschung aufzuzeigen. Was die Europäischen Institutionen anbelangt, bemerkte Ben Hayes, dass es im Rat keine sinnvolle Diskussion gebe und keine Konsultation des Europäischen Parlaments, und dass die Festlegung von Richtlinien mehr oder weniger einer Gruppe von Beratern überlassen werde, die niemand Rechenschaft schuldig sind.

Er vertrat außerdem die Meinung, dass das Sicherheitsniveau, das die Regierungen lauthals verlangen, illusorisch sei. Vielleicht sollte Europa stattdessen seine Aufmerksamkeit auf die Ursachen der Konflikte richten anstatt aggressive Verteidigungstechnologien in Betracht zu ziehen.

### **Was antwortete Herbert von Bose darauf?**

Er erklärte mit Nachdruck, dass natürlich niemand, am wenigsten er selber, ein Großer-Bruder-Europa wollte, aber er verteidigte auch mit Nachdruck die Forschungsprogramme. Er stimmte zu, dass einige dieser zivilen Forschungen wahrscheinlich auch Ergebnisse erbringen werden, die militärisch nutzbar sind. Das bedeute aber nicht, dass die militärische Nutzung das primäre Ziel dieser Forschung sei. Er wehrte sich gegen die Unterstellung, dass die EU direkt Rüstungsfirmen finanziere. Erstens weigerte er sich anzuerkennen, dass diese Firmen „ausschließlich militärisch“ seien. Zweitens wies er darauf hin, dass die Inanspruchnahme von Firmen ohne militärische Erfahrung viel zeitraubender wäre und den Steuerzahler teurer zu stehen käme.

### **Schlussfolgerungen**

Man kann mit Recht sagen, dass die Diskussionsteilnehmer sich nicht einigen konnten über die Bereitstellung von Mitteln für FP7. Beide waren sich über die Wichtigkeit der zivilen Sicherheit einig, die Uneinigkeit betraf die Frage, wie diese zu erzielen sei. Herbert von Bose stimmte zu, dass in Zukunft die Erforschung der Wurzeln von Konflikten verstärkt werden sollte, vertrat jedoch die Meinung, dass dies nicht unter den Forschungsetat dieses Gebietes falle.

Ein detaillierterer Bericht über diese und andere Veranstaltungen der Friedensinitiativen sind auf der Website des QCEA verfügbar.

*Sarah Barnett*

*Übersetzung: Eckard Teichert*